

tionalen Monopolkapitalismus unterwerfen. Dabei handelt es sich um eine grundsätzliche Taktik, die seit langem von den internationalen Reaktionären verfolgt wird."

China brauche eine stabile politische Umwelt. Ohne diese könne es seine auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh festgelegte Modernisierungs- und Öffnungspolitik beim besten Willen nicht durchführen. Eine chaotische und gespannte politische Lage könne diesem Ziel nicht dienlich sein.

Yang wies ferner darauf hin, daß die verstärkte Einigkeit und Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern nach wie vor ein Eckpfeiler der chinesischen Außenpolitik sei. China werde die afrikanischen Völker in ihren Bemühungen um die Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder und die Belebung ihrer Volkswirtschaft sowie in ihrem gerechten Kampf gegen die Apartheid in Südafrika auch weiterhin voll und ganz unterstützen. -we-

* (11) Der chinesische Außenminister setzt seine Rundreise-Praxis fort

Nachdem Außenminister Qian Qichen vom 26. Juli bis 12. August durch sechs afrikanische und fast gleichzeitig der Staatssekretär im Außenministerium, Yang Fuchang, durch fünf Länder Afrikas gereist war (Näheres dazu C.a., Juli 1989, Ü 1), schloß sich Ende September eine Vier-Nationen-Reise Qian Qichens durch Länder des Nahen Ostens an, nämlich nach Jordanien, Ägypten, Syrien und Tunesien. Daneben traf Qian auch mit dem Präsidenten des Staates Palästina, Yassir Arafat, zusammen. Er habe, wie er am Ende der Reise versicherte, internationale Probleme von gemeinsamem Interesse, vor allem die Situation im Mittleren Osten, sowie bilaterale Beziehungen besprochen. Verständnis für die Niederschlagung des "konterrevolutionären Putsches" hat er bei seinen Besprechungen offensichtlich kaum gefunden - anders als in einigen der Ende Juli besuchten afrikanischen Staaten. Zumindest fällt auf, daß in keinem der zahlreichen kommentierten Berichte von einer arabischen Verständnisbekundung die Rede ist, obwohl die einzelnen Zusammenfassungen höchst wortreich ausfallen, sei es nun, daß von der Israel- oder der Palästina-Frage

oder von einer baldigst anzuberauernden Internationalen Nahost-Friedenskonferenz die Rede ist. Lediglich im Zusammenhang mit dem Tunis-Besuch konnte Qian eine Bemerkung seiner Gastgeber verbuchen, daß es sich bei dem "Juni-Zwischenfall in Beijing" um eine innere Angelegenheit Chinas handle, in die kein anderer Staat sich einmischen dürfe (XNA, 26.9.89). Arafat dagegen scheint einen weiten Bogen um die Frage gemacht zu haben! -we-

* (12) Diplomatische Beziehungen mit Mikronesien

Am 11. September 1989 beschlossen die VR China und die Föderierten Staaten von Mikronesien, diplomatische Beziehungen auf Botschaferebene aufzunehmen. Ein entsprechendes Protokoll wurde vom chinesischen Botschafter in Australien, Zhang Zai, am 29. August in der mikronesischen Hauptstadt Pohnpei unterzeichnet. Wie üblich wird die Regierung der VRCh in dem Kommuniké als einzige legitime Regierung Chinas bezeichnet. Zwischen beiden Seiten sollten die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gelten. -we-

* (13) Japan weigert sich, Flüchtlinge aus China aufzunehmen

Ende August und Anfang September landeten an der japanischen Küste zahlreiche Flüchtlingsboote. Von Ende Mai bis Anfang September beispielsweise wurden 2.225 Boat-people registriert. Wie sich nachträglich herausstellte, waren rd. 600 dieser Ankömmlinge chinesische Staatsangehörige, die offenbar mit gefälschten Papieren eingereist waren, und die sich als Flüchtlinge aus Vietnam ausgewiesen hatten. Japanische Behörden verfielen sofort auf den Verdacht, daß die Einschleusung von China aus organisiert worden sei. Einige der Ankömmlinge räumten ein, sie hätten an Mittelsmänner in der Küstenprovinz Fujian Zahlungen geleistet und seien nach Japan gekommen, um hier ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Tokyo reagierte auf diese Enthüllungen hin schnell und entschieden: Japan sei zwar weiterhin bereit, politische Flüchtlinge nach Maßgabe der bisherigen Richtlinien aufzunehmen, wolle

jedoch alle "Wirtschaftsflüchtlinge" repatriieren. Anfang September forderte das Außenministerium in Tokyo die chinesische Regierung auf, sich zur Wiederaufnahme "illegal nach Japan eingereister chinesischer Staatsangehöriger" bereitzuerklären. Gleichzeitig wurden Namen und Anschrift einiger dieser Ankömmlinge nach Beijing übermittelt.

Die japanische Verfassung kennt kein Asylrecht. Außerdem hatte sich Tokyo lange Zeit geweigert, ausländische Flüchtlinge auf Dauer aufzunehmen. Erst nach hartnäckigem Drängen aus dem Ausland fand sich die Regierung bereit, eine begrenzte Zahl von Flüchtlingen aus Indochina zur Ansiedlung in Japan zu rezipieren - und zwar eine Quote von 10.000 Menschen, die bisher zu etwa zwei Drittel ausgeschöpft ist. Wesentlich großzügiger zeigt sich Tokyo bei der Gewährung finanzieller Hilfe an den Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR).

Japans Umgang mit den "Wirtschaftsflüchtlingen" aus China führte zu einigen Diskussionen. Kann man, so wurde gefragt, nach den Ereignissen vom 4. Juni noch davon ausgehen, daß diese Leute ihr Land nur aus wirtschaftlichen Gründen verlassen haben? Laufen ferner die Chinesen, die in ihre Heimat repatriiert werden, nicht in Gefahr, dort einer politisch motivierten Justiz zu verfallen? -we-

Innenpolitik

* (14) Informelle Rangfolge der politischen Führung

Bei verschiedenen Feierlichkeiten im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China trat nahezu der gesamte politische Führungskreis geschlossen auf. Aus den in mehreren Artikeln der *Volkszeitung* veröffentlichten Listen der Teilnehmer an diesen Veranstaltungen und aufgrund weiterer offizieller Namenslisten in der *Volkszeitung* konnte die folgende informelle Rangfolge innerhalb des höchsten politischen Führungskreises ermittelt werden. Sie bestätigt die in *CHINA aktuell* mehrfach vorgenommene Analyse, daß politische Entscheidungen von großer

Bedeutung in einem informellen Führungskreis fallen, dem nach wie vor die formell bereits pensionierten Parteiveteranen angehören. Hingegen scheinen die formellen politischen Spitzengremien, d.h. das Politbüro (PB) und dessen Ständiger Ausschuß (SAPB), diese Funktion nur in Zeiten politischer Normalität auszufüllen, während sie in politischen Ausnahmesituationen von einer Reihe von Uraltpolitikern "beraten" werden, die teilweise Mitglied des Ständigen Ausschusses (SA) der Zentralen Beraterkommission (ZBK) sind. Die folgende Auflistung zeigt deutlich, daß eine Verjüngung der politischen Führung nur in den formellen Gremien, nicht aber im informellen Führungskreis stattgefunden hat.

- 1) Jiang Zemin (62, ZK-Generalsekretär, SAPB-Mitglied)
- 2) Deng Xiaoping (85, Vorsitzender der ZK-Militärkommission)
- 3) Yang Shangkun (82, PB-Mitglied, Staatspräsident und ständiger stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission)
- 4) Li Peng (61, SAPB-Mitglied und Ministerpräsident)
- 5) Chen Yun (84, ZBK-Vorsitzender)
- 6) Wan Li (73, PB-Mitglied und NVK-Vorsitzender)
- 7) Li Xiannian (80, PKCV-Vorsitzender)
- 8) Peng Zhen (87)
- 9) Deng Yingchao (85)
- 10) Qiao Shi (65, SAPB-Mitglied)
- 11) Yao Yilin (72, SAPB-Mitglied)
- 12) Song Ping (72, SAPB-Mitglied)
- 13) Li Ruihuan (55, SAPB-Mitglied)
- 14) Wang Zhen (81, stellvertretender Staatspräsident)
- 15) Tian Jiyun (60, PB-Mitglied)
- 16) Li Tieying (53, PB-Mitglied)
- 17) Li Ximing (63, PB-Mitglied)
- 18) Wu Xueqian (68, PB-Mitglied)
- 19) Qin Jiwei (75, PB-Mitglied)
- 20) Yang Rudai (63, PB-Mitglied)
- 21) Ding Guan'gen (60, Politbüro-Kandidat)
- 22) Bo Yibo (81, stellvertretender ZBK-Vorsitzender)
- 23) Song Renqiong (80, stellvertretender ZBK-Vorsitzender)
- 24) Wen Jiabao (46, Kandidat des ZK-Sekretariats)
- 25) Wang Ping (78, SAZBK-Mitglied)
- 26) Wang Shoudao (84, SAZBK-Mitglied)
- 27) Wu Xiuquan (81, SAZBK-Mitglied)
- 28) Liu Lantao (79, SAZBK-Mitglied)
- 29) Jiang Hua (80, SAZBK-Mitglied)
- 30) Li Yimang (87, SAZBK-Mitglied)

- 31) Li Desheng (73, SAZBK-Mitglied)
 - 32) Yang Dezhi (79, SAZBK-Mitglied)
 - 33) Xiao Ke (81, SAZBK-Mitglied)
 - 34) Yu Qiuli (75, SAZBK-Mitglied)
 - 35) Song Shilun (82, SAZBK-Mitglied)
 - 36) Zhang Jingfu (75, SAZBK-Mitglied)
 - 37) Zhang Aiping (79, SAZBK-Mitglied)
 - 38) Lu Dingyi (83, SAZBK-Mitglied)
 - 39) Chen Pixian (73, SAZBK-Mitglied)
 - 40) Chen Xilian (76, SAZBK-Mitglied)
 - 41) Hu Qiaomu (77, SAZBK-Mitglied)
 - 42) Duan Junyi (79, SAZBK-Mitglied)
 - 43) Geng Biao (80, SAZBK-Mitglied)
 - 44) Ji Pengfei (80, SAZBK-Mitglied)
 - 45) Huang Hua (76, SAZBK-Mitglied)
 - 46) Huang Zhen (81, SAZBK-Mitglied)
 - 47) Kōng Shi'en (74, SAZBK-Mitglied)
 - 48) Cheng Zihua (84, SAZBK-Mitglied)
 - 49) Xi Zhongxun (76, stellvertretender NVK-Vorsitzender)
 - 50) Peng Chong (74, stellvertretender NVK-Vorsitzender)
- (RMRB, 1./30.8.89, 30.9.89, 1./2.10.89) -sch-

* (15)

Deng Xiaoping wieder aufgetreten

Nach dreimonatiger Abwesenheit, die von zahlreichen Gerüchten im In- und Ausland über seinen Gesundheitszustand begleitet war, trat Deng Xiaoping im September wieder mehrfach öffentlich auf. Deng war zuletzt am 9. Juni aufgetreten, als er die Armeekommandeure der für die Durchsetzung des Ausnahmezustands eingesetzten Truppen empfangen hatte (siehe C.a., Juni 1989, Ü 3).

Zum erstenmal seit Anfang Juni zeigte sich Deng Xiaoping am 16. September der Öffentlichkeit, als er mit dem chinesischstämmigen Nobelpreisträger für Physik, Professor T.D. Lee (Li Zhengdao) von der Universität von Columbia und dessen Frau zusammentraf. Dabei erklärte Deng, daß es an der Reform- und Öffnungspolitik der vergangenen zehn Jahre keine Änderungen geben werde. Der kürzliche "Aufbruch" (dongluan) habe gezeigt, daß man sich in den letzten Jahren zu

wenig um den ideologisch-politischen Bereich gekümmert und nicht hinreichend die Korruption bekämpft habe. Deng Xiaoping betonte, daß China am Sozialismus und an der Führung durch die Kommunistische Partei festhalten müsse. In Erwiderung auf eine Bemerkung von Professor Lee, daß er (Deng) offenkundig bei bester Gesundheit sei, deutete Deng Xiaoping auf seine sonnengebräunte Haut und erklärte, daß er im Meer geschwommen sei. (RMRB, 17.9.89) Offenbar hatte Deng - wie in den letzten Jahren - einen Teil des Sommers in Beidaihe verbracht und nicht, wie viele Gerüchte es wissen wollten, im Krankenhaus.

Am 19. September 1989 empfing Deng Xiaoping den Vorsitzenden der Abgeordneten-Liga für Japanisch-Chinesische Freundschaft, Masayoshi Ito, und die von ihm geleitete Delegation. Während des Treffens erklärte Deng Xiaoping, daß er, wenn es nach den Gerüchten ginge, bereits tot oder zumindest schwer krank sei. "Tatsächlich ging es mir die ganze Zeit sehr gut", stellte Deng lachend fest. Bei dem Treffen kritisierte Deng Xiaoping die Erklärung der Gipfelkonferenz der sieben westlichen Industriestaaten von Paris zu den Ereignissen in China im Juni dieses Jahres. Deng sagte, daß der Beschluß auf Unwahrheiten und entstellten Tatsachen beruhe und außerdem "eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas ist und von China nicht akzeptiert werden kann". Deng lobte die Haltung Japans auf der Konferenz, die von der der anderen Länder abgewichen sei. Vor diesem Hintergrund sprach sich Deng Xiaoping für eine weitere Entwicklung der chinesisch-japanischen Freundschaft aus.

Am 28. September begrüßte Deng Xiaoping zusammen mit den Mitgliedern der Führungsspitze die Teilnehmer des Nationalen Kongresses der Modellarbeiter und der fortschrittlichen Arbeitskräfte, ohne jedoch eine Ansprache zu halten und an dem Kongreß selbst teilzunehmen (RMRB, 29.9.89). -sch-

* (16)

Jiang Zemin zum 40. Jahrestag der Gründung der VRCh

Auf der zentralen Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China am 29. September 1989 in Beijing hielt ZK-General-

sekretär Jiang Zemin eine längere Rede, in der er u.a. auf den künftigen Kurs der KPCh einging (RMRB, 30.9.89). Die Rede stellt naturgemäß ein Kompromißprodukt der verschiedenen politischen Kräfte innerhalb der politischen Führung dar, und zwar vor allem des Reformlagers auf der einen Seite und orthodoxen Kräften auf der anderen Seite. Bereits Mitte September war der Entwurf der Rede parteiintern verteilt und um Stellungnahme gebeten worden (Wen Hui Bao, 19.9.89, nach SWB, 21.9.89).

Zunächst ging Jiang Zemin auf die Juni-Unruhen ein und erklärte dazu u.a.: "Bei diesen Auseinandersetzungen handelte es sich dem Wesen nach um eine scharfe Konfrontation zwischen den vier Grundprinzipien und der bürgerlichen Liberalisierung, um einen politischen Kampf, der über das Leben oder den Tod unserer Partei, unseres Staates und unserer Nation entscheidet, und auch um einen ernststen Klassenkampf."

Zum Thema Klassenkampf an anderer Stelle: "Der Klassenkampf ist zwar nicht mehr der Hauptwiderspruch unserer Gesellschaft, aber er bleibt im bestimmten Umfang nach wie vor bestehen und kann sich unter bestimmten Umständen verschärfen." Daraus folgt notwendigerweise: "Solange der Klassenkampf in gewissen Bereichen existiert, dürfen die Funktionen der Diktatur nicht geschwächt werden."

Schärfere Töne nicht nur gegen die Gegner im eigenen Land, sondern auch in Richtung des kapitalistischen Auslands:

- "Die feindlichen Kräfte im In- und Ausland haben diesen Zwischenfall inszeniert, um die Führung durch die Kommunistische Partei Chinas und das sozialistische System zu stürzen, China in eine bürgerliche Republik und damit in einen Vasallen der kapitalistischen Großmächte des Westens zu verwandeln."
- "Wir können kategorisch erklären, daß alle Versuche feindlicher Kräfte im Ausland, China in einen Vasallen zu verwandeln, ... zum Scheitern verurteilt sind."

Hier und auch an anderen Stellen der Rede Jiangs wird unverhohlen an die traditionell starken nationalistischen Gefühle der Chinesen appelliert:

- "Das chinesische Volk hat sich nie fremdem Druck gebeugt und wird es auch in Zukunft nicht tun. Es wird nie den sozialistischen Weg verlassen und die nationale Unabhängigkeit aufgeben, um andere um Almosen zu bitten."

- "Den patriotischen Geist zu entfalten und an den Prinzipien der Unabhängigkeit und Selbständigkeit sowie des Vertrauens auf die eigene Kraft festzuhalten ist eine grundlegende Erfahrung, mit deren Hilfe die Siege in der chinesischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau Chinas errungen worden sind. Im heutigen China sind Patriotismus und Sozialismus dem Wesen nach identisch." Mit anderen Worten: Wer Patriot ist, muß auch Sozialist sein, und wer kein Sozialist ist, der ist auch kein Patriot.

Jiang Zemin nannte drei Kernelemente der Politik der Partei seit der 3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978:

1. Wirtschaftsaufbau als Mittelpunkt,
2. Festhalten an an Vier Grundprinzipien und
3. Reform und Öffnung.

Daran werde die neu zusammengesetzte politische Führungsspitze auch in Zukunft festhalten, denn: "Die großen Erfolge der letzten zehn Jahre zeigen, daß die allgemeine Richtlinie und Politik der Reform und Öffnung völlig richtig sind und unbeirrbar weiter durchgesetzt werden müssen."

Allerdings gibt es nach Ansicht des neuen ZK-Generalsekretärs zwei grundlegend entgegengesetzte Reformkonzepte:

- 1) "Eine Auffassung ist für Reform und Öffnung, indem sie gleichzeitig an dem sozialistischen Weg, an der demokratischen Diktatur des Volkes, an der Führung durch die Kommunistische Partei und am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen festhält, d.h. eine Reform und Öffnung als Selbstvervollkommnung des sozialistischen Systems."

2) "Eine andere ist für eine 'Reform und Öffnung', die sich von den vier Grundprinzipien trennt, ihnen zuwiderläuft und im Gegensatz zu ihnen steht. Diese Meinung vertreten die Leute, die an dem Standpunkt

der bürgerlichen Liberalisierung festhalten und eine 'totale Verwestlichung' Chinas fordern. Das Wesen dieser sog. 'Reform und Öffnung' ist die Verwandlung in den Kapitalismus und das Einbeziehen Chinas in das kapitalistische System des Westens."

Um das erste Reformkonzept erfolgreich realisieren zu können, "müssen wir unerschütterlich die Richtlinien der wirtschaftlichen Regulierung und Gesundung und der Vertiefung der Reform durchführen und uns anstrengen, in drei Jahren oder etwas länger, den Widerspruch zwischen zu großer Nachfrage und ungenügendem Angebot zu mildern und die Inflation allmählich zu beseitigen, damit die Volkswirtschaft aus dem gegenwärtigen Dilemma herauskommen kann."

Zu diesem Zweck "müssen alle Parteimitglieder die Haltung des harten und zähen Kampfes, gepaart mit Fleiß und Sparsamkeit, fördern, mit gutem Beispiel vorangehen und zusammen mit dem Volk einige Jahre sparsam leben."

Außerdem "muß während der wirtschaftlichen Regulierung und Gesundung besonders eine angemessene Zentralisierung betont werden. Der Anteil des staatlichen Finanzeinkommens am Nationaleinkommen und der Anteil des Finanzeinkommens der Zentralregierung am staatlichen Finanzeinkommen müssen erhöht werden... Die Autorität der Zentralregierung muß verstärkt und die Dezentralisierung bekämpft werden, damit die Zentralregierung eine ständige, stabile und koordinierte Entwicklung der Volkswirtschaft fördern kann."

Allerdings sollen der Tritt auf die Konjunkturbremse und die Rezentralisierung letztlich der Reform dienen: "Die wirtschaftliche Regulierung und Gesundung bedeuten auf keinen Fall einen Rückschritt und die Aufgabe der Reformpolitik. Sie schaffen nicht nur günstige Bedingungen für die Vertiefung der Reform und für die Gewährleistung einer zügigen Entwicklung der Reform, sondern sie sind mit der Reform auch eng verbunden."

Zur Rezentralisierung soll auch eine stärkere Wiederbelebung planwirtschaftlicher Elemente kommen: "Natürlich geht es in China nicht, daß man immer nur die Planwirtschaft schwächt oder total verneint und versucht, eine

totale Marktwirtschaft in China einzuführen, denn dies führt zweifellos zu einem Durcheinander in Wirtschaft und Gesellschaft. Während der Regulierung und der Gesundung der Volkswirtschaft muß deshalb mehr die leitende Wirkung des Plans betont, zugleich aber auch die Marktordnung weiterhin reguliert und konsolidiert werden."

Über das künftige Verhältnis von Plan- und Marktwirtschaft scheint noch kein Konsens erzielt worden zu sein, denn: "In welchem Grad, auf welche Art und Weise und in welchem Umfang die Planwirtschaft mit der Marktregulierung gekoppelt wird, soll immer nach den konkreten Bedingungen entschieden und verbessert werden."

Einer weiteren Teilprivatisierung der chinesischen Wirtschaft wird möglicherweise ein Riegel vorgeschoben: "In der Entwicklung der Wirtschaft müssen wir weiterhin an der Richtlinie festhalten, daß das Volks- und Kollektiveigentum der entscheidende Faktor ist ... Der Anteil der nicht volks- und kollektiveigenen Wirtschaft in der gesamten Volkswirtschaft und deren Entwicklungsumfang sollen nach dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte Chinas und den objektiven Bedürfnissen festgelegt werden." Die Definition des "Entwicklungsstands der Produktivkräfte" und der "objektiven Bedürfnisse" ist noch immer im Belieben der jeweiligen politischen Mehrheit gewesen.

"Die volkseigenen großen und mittelgroßen Unternehmen sind die Hauptstütze der sozialistischen Modernisierung und die Hauptquellen der staatlichen Finanzeinnahmen. Die volle Entfaltung ihrer Rolle als Hauptstütze ist für die wirtschaftliche Entwicklung von besonderer Bedeutung." Und: "Die staatliche Unterstützung der Entwicklung der volkseigenen großen und mittelgroßen Unternehmen sollen gemäß der Politik für die Industrie und gemäß den realen Möglichkeiten je nach der Wichtigkeit und Dringlichkeit planmäßig und schriftweise erfolgen ..."

"In der derzeitigen Phase spielt die Entwicklung der kleinen und größeren Privatbetriebe, die der sozialistischen Wirtschaft untergeordnet sind, eine wichtige, unentbehrliche Rolle für die Entwicklung der Produktion, die Erleichterung des Alltagslebens der Bevölkerung und für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen." Aber: "Unsere

Richtlinie ist: Einerseits fördern wir ihre Entwicklung in dem vom Staat zugelassenen Umfang, andererseits werden wir wirtschaftliche, administrative und gesetzliche Mittel einsetzen, um die Verwaltung und die Leitung zu verstärken, damit ihre positiven Wirkungen voll entfaltet werden und ihre für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft negativen Wirkungen beschränkt werden."

"Wir befürworten, daß mit dem Ziel des gemeinsamen Wohlstands ein Teil der Menschen durch ehrliche Arbeit und rechtmäßiges Wirtschaften zuerst wohlhabend wird. Diese Politik ist richtig und soll weiterhin durchgeführt werden." Aber: "Rechtmäßige Einkommen sind zu schützen, zu hohe Einkommen müssen durch Steuern reguliert werden und illegale Einkünfte sind entschlossen zu beschlagnahmen."

Jiang Zemin forderte für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft zwar eine "Vertiefung der Reform" und eine "Vervollkommnung der verschiedenen Systeme der vertragsgebundenen Verantwortlichkeit", doch er forderte gleichzeitig, daß "wir schrittweise die landwirtschaftliche Großproduktion auf der Basis der Freiwilligkeit der Bauern dort ausdehnen müssen, wo die Bedingungen vorhanden sind". Unklar ist hier, ob mit dem Begriff "landwirtschaftliche Großproduktion" die Rückkehr zu einer zumindest partiellen Kollektivierung der Landwirtschaft angedeutet wird.

Im politischen Teil seine Rede wandte sich Jiang Zemin deutlich gegen westliche Demokratievorstellungen: "Wir müssen zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Demokratie, zwischen der sozialistischen Demokratie und der extremen Demokratisierung und dem Anarchismus einen klaren Trennungsstrich ziehen. Eine extreme Minderheit von Leuten propagiert ... den politischen Pluralismus und das Mehrparteien-System. Ihr Ziel ist es, die breiten Volksmassen von der Demokratie fernzuhalten, die führende Rolle der kommunistischen Partei zu leugnen und die sozialistische Volksrepublik durch eine bürgerliche Republik zu ersetzen. Die ideologische Strömung der extremen Demokratisierung und des Anarchismus hat in China eine relativ breite gesellschaftliche Grundlage (sic!), was sehr schädlich für unsere Sache ist, und leicht von einer Handvoll von Reaktionären ausgenutzt werden kann."

Auch vom Aufbau einer "sozialistischen geistigen Zivilisation" ist nun wieder die Rede: "Neue sozialistische Menschen" sollen durch verstärkte politisch-ideologische Erziehung herangezogen werden. Überhaupt "sollen das Volk des ganzen Landes, besonders die Jugendlichen, unermüdet zu Patriotismus, zur Liebe zum Kollektiv und zum Sozialismus erzogen werden. Man soll sie erziehen, sich auf die eigene Kraft zu verlassen, einen harten Kampf zu führen und die guten revolutionären Traditionen weiter zu entwickeln." Obwohl diese ideologische "Moralerziehung" eine "korrekte politische Orientierung" haben muß, soll weiterhin an dem Prinzip festgehalten werden, daß "100 Blumen blühen und 100 Schulen miteinander wetteifern dürfen". Ausgeschlossen bleiben natürlich alle "geistigen Abfälle" des Feudalismus und des Kapitalismus und insbesondere "der Nihilismus, der die traditionelle Kultur Chinas völlig verneint, und die Anbetung von allem Ausländischen".

Wie so oft in Zeiten ideologischer Verhärtung wird wieder einmal die "Leitung durch die Arbeiterklasse" und die Festigung des "Bündnisses der Arbeiter und Bauern auf neuer Grundlage" propagiert. Die chinesischen Intellektuellen, die nach offizieller Lesart einen Bestandteil der Arbeiterklasse darstellen, sollen "gewissenhaft den Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen studieren, stets der gesellschaftlichen Praxis nah bleiben und sich mit den Arbeitern und Bauern verbinden, um aus der Weisheit des Volkes zu schöpfen und ihre eigene Klugheit und Weisheit beim Aufbau des Sozialismus zur Entfaltung zu bringen."

Auch den Parteimitgliedern, vor allem aber den Funktionären wird in der Rede von Jiang Zemin ein intensives Studium des Marxismus empfohlen. Ohne eine Schulung in marxistischer Theorie dürfe man nicht Führungskader der KPCh werden, stellte Jiang Zemin klar, der sich auch gegen eine rein fachlich bezogene Arbeit wandte: "Der Zustand, daß sich viele führende Kader in der Routinearbeit vertiefen, das theoretische Studium aber vernachlässigen und der Entwicklung auf ideologisch-politischem Gebiet keine Beachtung schenken, muß entschlossen verändert werden."

Auch im außenpolitischen Teil seiner Rede ging Jiang Zemin noch einmal auf die "reaktionären Kräfte der Welt"

ein, deren Ziel es sei, das sozialistische System zu stürzen. Sie betrieben eine Politik der "friedlichen Evolution", unterstützten Dissidenten und förderten die blinde Anbetung des Westens und der politischen und wirtschaftlichen Modelle sowie der Wertvorstellungen des westlichen Kapitalismus.

"Um die sozialistische Modernisierung Chinas zu beschleunigen, müssen wir uns auf die eigene Kraft stützen, unsere Wirtschaft, Wissenschaft und Technik aktiv entwickeln, von der fortschrittlichen Wissenschaft und Technik, den Erfahrungen in Bewirtschaftung und Management entwickelter Länder lernen sowie das ausländische Kapital effektiv nutzen." Diese Position läuft im übertragenen Sinne darauf hinaus, daß die chinesische Führung nach wie vor der Ansicht ist, daß ihre veraltete sozialistische Software mit der modernen westlichen Hardware kompatibel sei. An einer ähnlichen Fehleinschätzung scheiterte bereits die sog. "Selbststärkungsbewegung" in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

*(17)

Pressekonferenz der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros über politische und wirtschaftliche Fragen

Am 26. September 1989 gaben die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh eine etwa zweistündige Pressekonferenz für nahezu 300 chinesische und ausländische Journalisten. Es war die erste Pressekonferenz, die die Ende Juni neu zusammengesetzte Führungsspitze der KPCh abhielt. (RMRB, 27.9.89)

Auf der Pressekonferenz hielt ZK-Generalsekretär Jiang Zemin an der Bewertung der Unruhen Anfang Juni als "konterrevolutionärem Putsch" (fangeming baoluan) fest. Von einer "Tragödie auf dem Tiananmen-Platz" könne nicht die Rede sein. "Wissenschaftlich ausgedrückt" (sic!) handele es sich vielmehr um einen "konterrevolutionären Putsch". Jiang zitierte die Bewertung von Deng Xiaoping, daß es sich bei der Studentenbewegung zunächst um einen "Aufruhr" (dongluan) gehandelt habe, der später zu einem "konterrevolutionären Putsch" eskaliert sei. Für diese Entwicklung machte Jiang drei verschiedene Kräfte verantwortlich:

1. Ausländische Kräfte, die auf eine friedliche Veränderung des Sozialismus in China hinarbeiteten.
2. Eine Gruppe von Leuten in China, die an der bürgerlichen Liberalisierung festhielten und die gegenwärtige politische Macht stürzen wollten.
3. Vor allem aber der frühere ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang, der den Aufruhr unterstützt und die Partei gespalten habe. Sein Verhalten habe die Situation derart kompliziert, daß die Partei die Gelegenheit verpaßt habe, den Aufruhr rechtzeitig niederzuschlagen.

Jiang Zemin abschließend zu diesem Punkt: "Doch trotz alledem haben die Tatsachen bewiesen, daß die Kommunistische Partei Chinas eine großartige Partei ist, denn wir sind in der Lage gewesen, diesem Aufruhr ein Ende zu bereiten und diesen konterrevolutionären Putsch niederzuschlagen und einen entscheidenden Sieg davonzutragen."

Über die gegenwärtige Lage seines Vorgängers erklärte ZK-Generalsekretär Jiang Zemin lediglich, daß "der Genosse Zhao Ziyang" nach wie vor Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas sei. Entsprechend der von der 4. Plenartagung des XIII. ZK vorgenommenen Einschätzung habe Zhao den Fehler begangen, die Partei zu spalten und den Aufruhr zu unterstützen. Darüber hinaus gäbe es noch einige Probleme im Zusammenhang mit der Person von Zhao, und deshalb würden die Untersuchungen gegen ihn weiter fortgeführt. Zhao führe jedoch nach wie vor "ein sehr gutes Leben".

Auch Ministerpräsident Li Peng beschuldigte den gestürzten ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang, dafür verantwortlich zu sein, daß die Unruhen ein derartiges Ausmaß angenommen hätten: "Wir sagen zwar, daß diese Auseinandersetzung unvermeidbar war, doch sie hätte nicht unbedingt eine derart erbitterte Form annehmen müssen. Da der frühere Generalsekretär unserer Partei im Verlauf der Auseinandersetzung den Aufruhr unterstützte und die Partei spaltete, wurden die Dinge immer komplizierter und entwickelten sich so zu einem scharfen Widerspruch."

ZK-Generalsekretär Jiang Zemin erklärte, daß die überwältigende Mehrheit der Teilnehmer an der Studenten-

bewegung aus Unzufriedenheit mit einigen gesellschaftlichen Problemen gehandelt habe. Hierfür habe die Partei Verständnis. Der gegenüber der großen Mehrheit eingeschlagene Kurs beinhalte, die Mehrheit mit der politischen Führung zu vereinen und zu ziehen. Die Jugend sei "unsere Zukunft und unsere Hoffnung". Auf der einen Seite müsse sich die Partei den Jugendlichen mit voller Hingabe widmen, auf der anderen Seite müsse die Partei aber auch hohe Anforderungen an die Jugend stellen. Abgesehen von der großen Mehrheit dürfe man jedoch nicht übersehen, daß es eine kleine Zahl von Leuten mit üblen Absichten gäbe, deren Ziel in dem Sturz der Führung durch die Kommunistische Partei und in dem Sturz der gegenwärtigen Regierung bestehe. Diese Leute müßten nach dem Gesetz bestraft werden.

In bezug auf die künftige Politik erklärte Jiang Zemin, daß es an dem seit der 3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978 beschlossenen Kurs keinerlei Änderungen geben werde. Dies beziehe sich auch auf die Reform der politischen Struktur, der Wirtschaftsstruktur, des strategischen Gesamtziels und einer ganzen Reihe von konkreten Politiken. China werde an der Politik der Reform und der Öffnung festhalten. Gleichzeitig müsse man dem Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung und dem Festhalten an den Vier Grundprinzipien besondere Beachtung schenken. Aus der Natur des sozialistischen Systems und der alleinigen Führung durch die KPCh ergebe sich zwangsläufig, daß China an den Vier Grundprinzipien festhalten müsse.

Nach Ansicht von Planungschef Yao Yilin wird es jedoch "einige notwendige Korrekturen an bestimmten konkreten politischen Maßnahmen und Methoden" geben. Ziel dieser Korrekturen sei jedoch, Reform und Öffnung zu stabilisieren, zu verbessern und sogar zu beschleunigen. Nach den Worten von Yao Yilin wird China an der Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung der Küstenregionen festhalten. Das gleiche gelte für das Verantwortlichkeitssystem für Industriebetriebe. Allerdings sei es notwendig, die Erfahrungen zusammenzufassen und Maßnahmen zu entwerfen, die das vertraglich gebundene Verantwortlichkeitssystem im industriellen Bereich verbessern können.

In Hinblick auf die Privatbetriebe erklärte Yao Yilin, daß die Partei die positive Rolle der Privatbetriebe zur Verbesserung der Volkswirtschaft und des Lebensstandards der Bevölkerung zur Geltung bringen werde, damit die Privatbetriebe ihre Rolle als "notwendige und nutzbringende Ergänzung zur sozialistischen Wirtschaft" spielen könnten. Gleichzeitig müsse jedoch die negative Rolle der Privatbetriebe im Hinblick auf die Volkswirtschaft und die Lebenshaltung des Volkes beschränkt werden. Im Interesse des langfristigen Aufbaus und des politischen Endziels (zui zhong zhengce) müsse das planlose Vorgehen (mang-muxing) der Privatbetriebe in angemessener Weise eingeschränkt werden. Außerdem müßten die Verwaltung und die Führung der Privatbetriebe durch den Staat verstärkt werden. Damit kündigte Planungschef Yao Yilin, der zu der politischen Meinungsgruppe der Sowjetmodell-Sanierer zählt, eine wesentlich restriktivere Politik gegenüber den Privatbetrieben an, als dies bisher unter dem Einfluß der Reformkräfte der Fall gewesen war.

Den Industriebetrieben im ländlichen Bereich (xiangzhen qiye) konzidierte Planungschef Yao Yilin zwar eine "bedeutende Rolle innerhalb unserer Volkswirtschaft", doch werde der Staat in Zukunft auch weiterhin garantieren, daß sich die ländlichen Industriebetriebe "in noch gesunderer Richtung" entwickeln. Yao erläuterte nicht, was hierunter konkret zu verstehen ist, doch deutet die Formulierung "noch gesunder" eher auf Restriktionen hin.

Im Hinblick auf die vom Politbüro Ende Juli beschlossene Anti-Korruption-Kampagne erklärte Ministerpräsident Li Peng, daß die Partei bereits drei der sieben Aufgaben im Politbüro-Beschluß gegen die Korruption erfüllt habe:

- Erstens hätten sich die Kinder der Mitglieder des Politbüros, des Sekretariats und der Ständigen Konferenz des Staatsrates aus den Handelsgesellschaften zurückgezogen.
- Zweitens seien die importierten Luxus-Limousinen von hochrangigen Kadern ausgetauscht worden.
- Drittens seien die Vergünstigungen bei der Lebensmittelversorgung für führende Persönlichkeiten abgeschafft worden. -sch-

*(18)

Li Ruanhuan über Reform und Öffnung

Der nach den Juni-Ereignissen in den Ständigen Ausschuß des Politbüros aufgerückte konservative Reformpolitiker Li Ruihuan traf am 19. September 1989 mit einer Delegation von Journalisten der beiden Hongkonger Tageszeitungen *Da Gong Bao* und *Wen Hui Bao* zusammen. Die beiden von der KPCh finanzierten Zeitungen hatten auch noch Anfang Juni positiv über die Studentendemonstrationen berichtet und den brutalen Einsatz des Militärs kritisiert. Danach mußte die Beijinger Parteizentrale erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die beiden Tageszeitungen, vor allem die *Wen Hui Bao* wieder in Einklang mit dem offiziellen politischen Kurs zu bringen.

Li Ruihuan erklärte in dem Gespräch mit den Journalisten der beiden Tageszeitungen, daß sich an dem Kurs der Reform und der Öffnung nichts ändern werde. Die Partei verurteile gegenwärtig die bürgerliche Liberalisierung, doch sie sei selbstverständlich auch gegen "Verknöcherung" (bihua). Li erklärte, daß die Politik der gleichzeitigen Existenz verschiedener Wirtschaftsformen in Zukunft noch besser fortgeführt würde. Das gleiche gelte für die Politik, einen Teil der Bevölkerung zuerst reich werden zu lassen. Die Geschichte habe bewiesen, so Li Ruihuan weiter, daß, wenn man nicht zulasse, daß ein Teil der Bevölkerung zuerst reich werde, dann im Ergebnis alle arm blieben. Sozialismus dürfe jedoch nicht Armut bedeuten.

Li Ruihuan erklärte weiter, daß die Zulassung der Entwicklung der Einzelwirtschaft auf dem Land einen wichtigen Faktor für die Stabilisierung der Lebensverhältnisse des Volkes darstellt. Insgesamt gesehen jedoch, so Li weiter, spiele die gemeineigene Wirtschaft und die Planwirtschaft die Hauptrolle in China. Reform und Öffnung seien historische Notwendigkeiten, und ohne Reform und Öffnung habe China keine Zukunft. (RMRB, 20.9.89) -sch-

*(19)

5. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh angekündigt

Auf einer Pressekonferenz am 26. September 1989 kündigte ZK-Generalsekretär Jiang Zemin an, daß sich die kommende 5. Plenartagung des

XIII. ZK der KPCh hauptsächlich mit dem wirtschaftlichen Aufbau und der Sanierung und Ausrichtung der Wirtschaft zum gegenwärtigen Zeitpunkt sowie in den nächsten zwei bis drei Jahren beschäftigen werde. Jiang machte keine Angaben darüber, ob Deng Xiaoping bereits auf dieser ZK-Plenartagung von seinem Posten als Vorsitzender der ZK-Militärkommission zurücktreten werde. Jiang Zemin nannte auch keinen konkreten Termin für das ZK-Plenum. (RMRB, 27.9.89)

Nach Informationen der von der KPCh gelenkten Hongkonger Tageszeitung *Wen Hui Bao* werden die 5. Plenartagung des XIII. ZK und die üblicherweise vorausgehende ZK-Plenartagung im Oktober 1989 stattfinden. Diesen Informationen zufolge wird sich die ZK-Arbeitstagung primär wirtschaftlichen Problemen widmen, während die 5. Plenartagung hauptsächlich die Konsolidierung der Parteiorganisation zum Inhalt haben soll. (Wen Hui Bao, 19.9.89, nach SWB, 21.9.89) -sch-

*(20)

48 Millionen KPCh-Mitglieder

Nach Angaben der Organisationsabteilung des ZK der KPCh zählt die Kommunistische Partei Chinas mittlerweile über 48 Mio. Mitglieder. Sie hat damit mehr als zehnmal soviel Mitglieder wie zur Zeit der Gründung der Volksrepublik China, als der KPCh 4,5 Mio. Mitglieder angehörten. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Basisorganisationen der Partei von 200.000 im Jahre 1949 auf 3 Mio. im Jahre 1989. Unter den 48 Mio. KPCh-Mitgliedern sind 7,97 Mio. Arbeiter, d.h. 17%, im Vergleich zu 2,5% im Jahre 1949. Die Zahl derjenigen KPCh-Mitglieder, die mindestens eine obere Mittelschulbildung haben, beträgt 14,8 Mio., d.h. 30,4% aller KPCh-Mitglieder. Der Anteil der Alphabeten unter den KPCh-Mitgliedern sank von 69% im Jahre 1949 auf heute 7,27%. Seit 1977 sind insgesamt 320.000 KPCh-Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen worden. (RMRB, 20.9.89; CD, 22.9.89) -sch-

*(21)

Verletzung und Tötung "einiger Bürger" am 4. Juni waren "unbeabsichtigt"

ZK-Generalsekretär Jiang Zemin traf am 16. September mit dem chinesischstämmigen Nobelpreisträger für Physik, Professor T.D. Lee (Li Zhengdao)

von der Universität von Columbia und dessen Frau zusammen. Dabei erklärte Jiang, daß die chinesische Führung ihre Anteilnahme über die "unbeabsichtigte Verletzung und Tötung einiger Bürger" ausgedrückt und die betroffenen Einheiten verpflichtet habe, sich gewissenhaft um die Folgen zu kümmern (RMRB, 17.9.89).

Nach Angaben des stellvertretenden Generalsekretärs der Beijinger Stadtregierung Yu Xiaosong erhalten Familienangehörige von "wirklich versehentlich getöteten" Personen eine Pension in Höhe von zwischen 10.000 und 20.000 Yuan RMB. Kinder, die durch den "unbeabsichtigten Tod" ihrer Eltern zu Waisen geworden seien, würden bis zu ihrem 18. Lebensjahr vom Staat betreut werden. Darüber hinaus seien angemessene Vorkehrungen für die Beerdigung der "versehentlich getöteten" Personen getroffen worden. (Zhongguo Tongxun She, Hongkong, 7.7.89, nach SWB, 13.7.89) -sch-

*(22)

Nach wie vor Unklarheit über die Gesamtzahl der Opfer des Massakers vom 4. Juni

Nach wie vor schwanken die verschiedenen Angaben über die Gesamtzahl der Toten am 3./4. Juni 1989 erheblich:

- Offiziellen Angaben zufolge starben Anfang Juni insgesamt über 200 Zivilisten, darunter 36 Studenten, und mehrere Dutzend Sicherheitskräfte wurden getötet; über 3.000 Zivilisten und mehr als 6.000 Soldaten und Polizisten sollen verletzt worden sein (RMRB, 7.7.89). Von den 36 Studenten ist angeblich keiner auf dem Tiananmen-Platz getötet worden (Xinhua, engl., 1.7.89, nach SWB, 3.7.89)

- Einem recht ausführlichen Bericht von *amnesty international* vom August 1989 zufolge wurden "mindestens" 1.000 Zivilisten in Beijing getötet (ai-report, engl., AI Index: ASA 17/60/89). In dieser Untersuchung wird die Ansicht vertreten, daß die meisten Todesopfer nicht auf dem Tiananmen-Platz zu beklagen waren, sondern im Bereich Muxidi.

- Laut der Hongkonger Tageszeitung *Mingbao* vom 6.6.1989 wurden in Beijings 50 Krankenhäusern über 2.000 Tote gezählt (nach Zhengming, Juli 1989, S. 45-46).

- Nach Angaben von Mitarbeitern des Chinesischen Roten Kreuzes gegenüber japanischen Medienvertretern unmittelbar im Anschluß an das Massaker starben in den Beijinger Krankenhäusern 2.600 Menschen an ihren Verletzungen (NZZ, 4.7.89).

- Nach einem Bericht der von der KPCh gelenkten Hongkonger Tageszeitung *Wen Hui Bao* vom 6. Juni 1989 kamen in Beijing mindestens zwischen 5.000 und 6.000 Personen ums Leben und über 30.000 wurden verletzt (nach Nanbeiji, Hongkong, 1.7.1989, S. 41).

- Nach Angaben aus Kreisen des Chinesischen Roten Kreuzes vom 7. Juni 1989 wurden insgesamt 7.600 Personen getötet, darunter etwa 40% Studenten (nach Nanbeiji, Hongkong, 1.7.1989, S. 41).

- Taiwanische Quellen sprechen von 3.714 Todesopfern (siehe C.a., Juli 1989, Ü 11) und ein Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* spricht sogar von insgesamt 10.440 Toten in Beijing im Zeitraum zwischen dem 3. und 9. Juni 1989 (siehe C.a., Juni 1989, Ü 6). -sch-

*(23)

Über 7 Millionen rehabilitiert

Seit der 3. Plenartagung des XI. ZK der KPCh, auf der die Ära Deng Xiaoping eingeleitet wurde, sind im Rahmen der sog. "Einheitsfrontpolitik" über 7 Mio. Menschen politisch rehabilitiert worden, die in den verschiedenen politischen Kampagnen der Mao-Ära politisch verfolgt worden waren. Einem Bericht der Nachrichtenagentur Xinhua zufolge (nach CD, 26.9.89) handelt es sich vor allem um folgende drei Gruppen:

- 1) Rund 6 Mio. Personen, die während der sog. "Kulturrevolution" (offizielle Datierung: 1966-1976) zu Unrecht beschuldigt und verfolgt worden waren.
- 2) 540.000 Personen, die während der sog. "Anti-Rechts-Bewegung" im Jahre 1957 zu Unrecht als "Rechtsabweichler" eingestuft worden waren.
- 3) Über 500.000 Offiziere und Soldaten der Guomindang, die vor 1949 zu den Kommunisten übergelaufen waren: Sie erhielten Ehrenurkunden und ihnen wurden ihre Häuser und anderes Eigentum zurückerstattet, die während der "Kulturrevolution" beschlagnahmt worden waren. -sch-

*(24)

Mehrere Bücher und Artikel von Deng Xiaoping erschienen

In der zweiten Augushälfte 1989 wurde eine weitere Ausgabe der *Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping* veröffentlicht. Es handelt sich um insgesamt 39 Artikel und Reden aus der Zeit zwischen 1938 und 1965. (RMRB, 21.8.89) Aus dieser Ausgabe druckte die *Volkszeitung* am 22.9.89 die Ausführungen "Die Kommunistische Partei muß Kontrolle akzeptieren" aus dem Jahre 1957 ab. Bereits am 16. August hatte die *Volkszeitung* Ausführungen von Deng vom 17.11.1956 unter dem Titel "Der Marxismus-Leninismus muß mit der tatsächlichen Situation Chinas verbunden werden" abgedruckt. Auch dieses Werk stammt aus dem neuen Deng-Sammelband. Die *Zeitung der Befreiungsarmee* und die *Bauernzeitung* druckten ebenfalls Berichte von Deng Xiaoping ab, die in dem Sammelband von Werken aus den Jahren 1938 bis 1965 enthalten sind. Bereits 1983 erschien ein Band der *Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping*, der Reden und Schriften aus der Zeit zwischen 1975 und 1982 enthält.

Ende August 1989 erschienen zwei weitere Bücher mit verschiedenen Reden und Schriften von Deng Xiaoping seit Dezember 1978. Die Titel der beiden Bücher heißen:

- *Der Genosse Deng Xiaoping über das Festhalten an den Vier Grundprinzipien und über den Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung* und
- *Der Genosse Deng Xiaoping über Reform und Öffnung*. (RMRB, 1.9.89)

Beide Bücher sind offenkundig von erheblicher Bedeutung für die gegenwärtige politisch-ideologische Ausrichtung. -sch-

Kultur

*(25)

Jiang Zemin's Rede zum 40. Jahrestag: Kulturpolitische Richtlinien

Die offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Geburtstag der Volksrepublik begannen am 29. September mit einem Festakt in der Großen Halle des Volkes, an dem über 10.000 Menschen teilnahmen (vgl. RMRB, 30.9.89). Da-